

Ungarn

ANDRÁS INOTAI / KRISZTINA VIDA

Ein Jahrzehnt nach dem Systemwandel zeigt sich Ungarn als ein Land mit großer politischer Stabilität und erheblicher wirtschaftlicher Modernisierung. Die Kompetenzen verschiedener Machtbereiche wurden erfolgreich neudefiniert und nie kam es zu vorzeitigen Neuwahlen. Die führende Kraft der gegenwärtigen Rechts-Mitte-Koalition, deren Mandat bis 2002 reicht, hat zwar mit der Losung „weniger als Systemwandel, aber mehr als Regierungswechsel“ ihr Amt angetreten. Doch ihr Radikalismus blieb in den ersten zwei Jahren auf einen neuen und nicht für alle erfreulichen Stil sowie auf manche ungeschickte Personenwahl beschränkt. Ungarns hohe internationale Einbettung und die von der Politik bereits losgelöste, unabhängige und zunehmend erstarkende Wirtschaft haben allen riskanten Versuchen einen Riegel vorgeschoben. Damit blieben vor allem die außenpolitischen und EU-bezogenen Prioritäten unverändert. Im März 1999 wurde Ungarn Mitglied der NATO und hat wenige Wochen nach der Mitgliedschaft eine wichtige und – wegen der dort lebenden ungarischen Minderheit – politisch delikate Rolle in den militärischen Aktionen gegen Jugoslawien gespielt.

Dank des erfolgreichen Stabilisierungsprogramms der früheren Regierung (Bokros-Paket), der im Großen und Ganzen bewahrten Kontinuität der Wirtschaftspolitik nach dem Regierungswechsel 1998 und nicht zuletzt der bestimmenden Rolle des internationalen Direktkapitals¹ befindet sich die ungarische Wirtschaft auf festem und wenigstens mittelfristig nachhaltigem Wachstumskurs. 1999 erreichte das Wirtschaftswachstum fast 5%, die Industrieproduktion stieg um fast 20% und die Inflationsrate blieb zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt knapp unter 10%. Dabei konnte man sowohl das Budgetdefizit weiter zurückschrauben und das Defizit der laufenden Bilanz unter Kontrolle halten, so dass die Nettoverschuldung des Landes gegenwärtig weniger als 40% des Exportes ausmacht.² Mit Recht hat der letzte Kommissionsbericht vom Oktober 1999 die ungarische Wirtschaft als eine funktionierende Marktwirtschaft charakterisiert. In der Tat gehört Ungarn heute nicht mehr zu den „aufstrebenden Ländern“ (emerging markets), sondern zur kleinen Gruppe der „konvergierenden Wirtschaften“ (converging markets).

Die negativen Begleiterscheinungen der insgesamt erfolgreichen Entwicklung sind die Zunahme der Differenzen im Einkommen und im Lebensstandard und die (relative) Verschlechterung der Lage der Rentner und der Lohnabhängigen. Dazu gesellt sich in jüngster Zeit die durch manche politischen Kreise bewusst oder unbewusst geschürte Polarisierung der Gesellschaft. Weiterhin besitzt die Behandlung der Roma-Frage außerordentliche Bedeutung. Zwar konnte die offizielle

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Arbeitslosigkeit auf weniger als 7% reduziert werden, doch prägen das erfreuliche Gesamtbild weiterhin erhebliche regionale Differenzen zu Ungunsten Ost- und Nordostungarns. Für die Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Wachstumspfades ist von größerer Bedeutung, dass die neue Regierung die gute Wirtschaftslage bisher kaum dazu ausgenutzt hat, überfällige Reformen dezidiert durchzuführen (Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung, neue regionale Strukturen) und erhebliche Engpässe zu beheben (Verkehrsinfrastruktur, Umwelt).

Beziehungen zwischen Ungarn und der EU

Ungarn hat die offiziellen Beitrittsverhandlungen am 31. März 1998 begonnen. Trotzdem bleiben die rechtlichen Grundlagen der Beziehungen bis zum Beitritt im Assoziierungsabkommen von 1991 geregelt. Der letzte Bericht der Kommission bestätigt, dass Ungarn die im Assoziierungsabkommen enthaltenen Verpflichtungen zeitgemäß erfüllt und die Assoziierungsorgane störungsfrei arbeiten.³ Der vollkommen freie Warenhandel von Industriewaren wird bis Ende 2001 verwirklicht. Die 1999 und Anfang 2000 geführten Agrarverhandlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden, so dass die gegenseitigen Konzessionen etwa zwei Drittel des bilateralen Agrarhandels von jeglichen Beschränkungen befreit haben.⁴

1999 konnte Ungarn seinen Handel mit der EU weiterhin sehr dynamisch ausbauen. Im Jahresdurchschnitt gingen 76% der ungarischen Exporte in die EU, während sich diese mit 65% an den ungarischen Einfuhren beteiligte. Die Ausfuhr der EU nach Ungarn erhöhte sich um 10,1% (Gesamlexport um 3,4%), während die Einfuhren aus Ungarn um 18,4% zunahmen (Gesamteinfuhr um 8,6%). Besonders erfreulich ist, dass 63% der ungarischen Ausfuhr in die EU aus technologieintensiven Waren besteht (Maschinen, Elektronik, Computer, Fahrzeuge usw.).⁵

Nach 1998 wurde das ungarische PHARE-Programm reformiert und der Umsetzungsprozess beschleunigt. Im Jahre 1999 stand Ungarn eine Summe von 103 Mio. Euro zur Verfügung. Das Geld wurde auf folgende Bereiche konzentriert: öffentliche Verwaltung, Landwirtschaft und Umwelt (35,2 Mio.), Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (20 Mio.), Inneres und Justiz (13,6 Mio.), Teilnahme an verschiedenen Gemeinschaftsprogrammen (10,9 Mio.), grenzüberschreitende Kooperation (10 Mio.), Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (6,2 Mio.) und Integration der Roma (5 Mio.).⁶ Ab 2000 kann Ungarn auch mit neuen Quellen (SAPARD und ISPA) im Rahmen der Vorbeitragsstrategie der EU rechnen. Sie können sich auf 230 bis 250 Mio. Euro pro Jahr belaufen. Die zur Anwendung dieser Gelder notwendigen ungarischen Kofinanzierungsbeiträge wurden im Haushalt 2000 gesichert zum ersten Mal gesondert ausgewiesen.

Stand der Beitrittsverhandlungen

Die Durchleuchtung (screening) der einzelnen Verhandlungskapitel wurde gegen Ende 1999 beendet. Inzwischen begannen die wirklichen Verhandlungen während der österreichischen EU-Präsidentschaft. Bisher liefen die Verhandlungen nach dem ursprünglichen Plan, so dass unter jeder EU-Präsidentschaft sieben bis acht

neue Kapitel eröffnet und einige vorübergehend abgeschlossen wurden. Mit der portugiesischen Präsidentschaft sind alle 29 Kapitel eröffnet worden, von denen elf Kapitel bereits beiseite gelegt werden konnten.

Bei der Ausarbeitung der ungarischen Positionspapiere ist man davon ausgegangen, dass die vorübergehenden Ausnahmewünsche Ungarns im Einklang mit der wirklichen Interessenlage, der administrativen Kapazität und der Integrationsreife des Landes stehen sollen. Insgesamt hat Ungarn etwa 40 Ausnahmewünsche unterbreitet. In der Landwirtschaft beziehen sich die Wünsche auf technische Bereiche, berühren aber die Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht. Dagegen gehört zum „harten Kern“ die ungarische Position im freien Kapitalverkehr (Kauf von landwirtschaftlichem Boden und Immobilien) und auf fast allen Gebieten der Umwelt und im Verkehr (Freiheit von Dienstleistungen). Überall möchte Ungarn temporäre Ausnahmeregelungen von einem bis auf zehn Jahren aushandeln. Schließlich stellt Schengen einen empfindlichen Bereich dar, in dem Ungarn für die Visafreiheit von Bulgarien und Rumänien eintritt.⁷

Aktuelle Fragen der ungarischen Vorbereitung

Auf Regierungsebene erfolgt die ungarische Vorbereitung planmäßig und aufgrund des von der EU gutgeheißenen nationalen Programms. Die Regierung strebt einen breiten nationalen Konsens an, in dem sie einen regelmäßigen Dialog mit allen parlamentarischen Parteien führt. Monatlich treffen sich die Fraktionsvorsitzenden der sechs Parteien mit dem Außenminister, den Vorsitzenden des Integrations- und des außenpolitischen Ausschusses und dem Parlamentsvorsitzenden. Im Rahmen des Integrationsrates werden Konsultationen mit den sozialen Partnern durchgeführt.⁸ Das Außenministerium koordiniert eine umfassende Kommunikationsstrategie. In diesem Rahmen wird auch mit Vertretern der Bevölkerung zusammengearbeitet. Als Ergebnis kann man schon heute feststellen, dass der durchschnittliche Informationsgrad der ungarischen Bevölkerung dem EU-Durchschnitt keinesfalls hinterhinkt.⁹ Die Unterstützung des ungarischen Beitritts hat sich in letzter Zeit noch zugenommen und erreichte 1999 65% (gegenüber 60% im Jahre 1997).¹⁰

Anstehende Aufgaben der Rechtsharmonisierung und der institutionellen Vorbereitung sind in der ungarischen Beitrittspartnerschaft auf kurze und mittlere Sicht bestimmt.¹¹ Unter den wichtigsten kurzfristigen Prioritäten befinden sich der Beginn mittelfristiger Roma-Projekte, die Beschleunigung der strukturellen Umgestaltung des Staatshaushaltes, die Schaffung eines funktionierenden Bodenmarktes, die Verstärkung der Marktaufsicht, die Beschleunigung der Übernahme der EU-Normen, Vorbereitung eines nationalen Beschäftigungsprogramms. Die wichtigsten Aufgaben der Verwaltung bestehen in der Ausgestaltung der rechtlichen, budgetären und administrativen Rahmenbedingungen der SAPARD- und ISPA-Projekte. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist darauf bedacht, die ungarische makroökonomische Entwicklung in den Vorbeitrittsjahren den Maastrichter Kriterien soweit anzunähern, dass der ungarische Beitritt zum Wechselkursmechanismus im Moment der Vollmitgliedschaft reibungslos erfolgen kann.

Ausblick und Schlussbemerkungen

Ungarn geht davon aus, dass es 2003 der EU beitreten kann, falls die EU in der Lage ist die laufende Regierungskonferenz über institutionelle Reformen bis Ende 2000 erfolgreich zu beenden und den darauffolgenden Ratifizierungsprozess zügig durchzuführen. Um einen Beitritt 2003 zu ermöglichen, sollten die Verhandlungen spätestens bis Ende 2001 abgeschlossen werden. Dazu scheint die Bereinigung des Verhandlungstisches während der französischen Präsidentschaft unumgänglich, damit man sich 2001 mit aller Kraft den wichtigsten und für beide Seiten empfindlichsten Problemen zuwenden kann.

Ein den ungarischen Vorstellungen entsprechender und erfolgreicher Beitritt zur EU erfordert weitere Anstrengungen von der Regierung. Die gegenwärtige günstige Wirtschaftslage zu wichtigen Reformschritten und zur weiteren Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollte ausgenutzt werden. Der in manchen (kritischen) Bereichen offensichtlich gewordene Verzug in der Rechtsharmonisierung (z.B. Umwelt) sollte behoben werden. Das Gleichgewicht zwischen zentralen Entscheidungen und Dezentralisierung einschließlich der stärkeren Rolle der regionalen Selbstverwaltungen sollte wieder hergestellt werden. Die öffentliche Meinung sollte darauf vorbereitet werden, dass die EU zahlreiche ungarische Ausnahmewünsche nicht oder nicht in dem von Ungarn gewünschten Umfang (z.B. die Beschränkung des freien Bodenkaufs auf zehn Jahre) akzeptieren wird. Eine umfangreiche Aufklärungsarbeit muss starten. Noch wichtiger scheint zu sein, alles zu unterlassen, was die ungarische Gesellschaft eben in der kritischsten Phase der Vorbereitung und der Verhandlungen polarisieren könnte. Schließlich ist es die Aufgabe der EU und der Mitgliedstaaten die Erweiterung zügig voranzutreiben, klare Eckdaten (Stationen des Prozesses) zu setzen,¹² um dadurch sowohl der zunehmend erweiterungsfeindlichen Haltung in manchen EU-Staaten (Österreich, aber teilweise auch Deutschland) entgegenzusteuern, wie auch der Enttäuschung der Bevölkerung in Ungarn und in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern vorzubeugen.

Anmerkungen

- 1 Nach Angaben der Ungarischen Nationalbank erreichte der ausländische Direktkapitalbestand Ende 1999 etwa 21 Mrd USD. Wenn jedoch auch die reinvestierten Gewinne ausländischer Unternehmer berücksichtigt werden, soll diese Summe wenigstens 25 Mrd USD. (2500 USD pro Kopf) ausmachen.
- 2 Angaben des Statistischen Zentralamtes, verschiedene Monatshefte.
- 3 Progress Report on Hungary 1999. <http://europa.eu.int/comm/enlargement/index.htm>
- 4 Betroffen sind von der neuen Vereinbarung über Freihandel 72% der ungarischen und 54% der Agrarausfuhr der EU. Magyar Hirlap, 18. April 2000. und Világgazdaság, 03. Juli 2000.
- 5 Alle Daten aus Eurostat „External and Intra-European Union Trade“, verschiedene Nummern und eigene Berechnungen.
- 6 Progress Report on Hungary 1999.
- 7 Interview mit dem ungarischen Chefunterhändler, Endre Juhász, Európai Tükör, No. 1, 2000.
- 8 Martonyi, János: A magyar-EU csatlakozási tárgyalások helyzete, Magyarországi felkészülése. (Stand der Verhandlungen zwischen Ungarn und der EU und Ungarns Vorbereitung), Európa 2002, No. 1, März 2000.
- 9 ebenda.
- 10 Pressekonferenz von Sonda-Ipsos, April 2000.
- 11 Council Decision 1999/850/EC, <http://europa.eu.int/comm/enlargement/index.htm>
- 12 Inotai, András: Reflections on the Timing of the EU Enlargement. Institute for World Economics, Budapest 2000 (Working Paper No. 107).